

Michael Sonntag

Die Konsequenzen des Brexits
für das Internationale
Privat- und Zivilverfahrensrecht

Mohr Siebeck

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1

Erster Teil:

Grundlagen

§ 2 Die mögliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit	3
§ 3 Der derzeitige Status des Vereinigten Königreichs innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf das Internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht	19
§ 4 Das Schicksal des EU-Rechts im Vereinigten Königreich nach dem Wirksamwerden des Brexits	27

Zweiter Teil:

Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht

§ 5 Internationales Privatrecht	43
§ 6 Internationales Zivilverfahrensrecht	78

Dritter Teil:

Schluss

§ 7 Bewertung und Ausblick	147
§ 8 Zusammenfassung der Ergebnisse	150
Literaturverzeichnis	165
Register	177

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1

Erster Teil: Grundlagen

§ 2 Die mögliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit	3
A. Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs im Europäischen Wirtschaftsraum (so genanntes „norwegisches Modell“)	4
I. Meinungsstand	5
1. Automatisches Ausscheiden aus dem Europäischen Wirtschaftsraum	5
2. Verbleib oder Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Europäischen Wirtschaftsraum nach dessen Wunsch	7
3. Keine Möglichkeit des einseitigen Austritts aus dem Europäischen Wirtschaftsraum	8
II. Stellungnahme	8
1. Automatisches Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und eventueller Wiederbeitritt als EFTA-Staat	8
2. Konsequenzen eines eventuellen Wiederbeitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum	10
B. Vereinbarung von bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich	12

I.	Abschluss sektorspezifischer Abkommen (so genanntes „Schweizer Modell“)	13
II.	Abschluss eines allgemeinen Wirtschafts- oder Freihandels- abkommens (so genanntes „kanadisches Modell“)	15
III.	Vereinbarung einer Zollunion (so genanntes „türkisches Modell“)	16
C.	Status des Vereinigten Königreichs als Drittstaat ohne Austrittsabkommen	16
D.	Zusammenfassung und Ergebnis	18
§ 3	Der derzeitige Status des Vereinigten Königreichs innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf das Internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht	19
A.	Die Gesetzgebungskompetenz der Europäischen Union auf dem Gebiet des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts	19
I.	Übertragung der Gesetzgebungskompetenz an die Europäische Gemeinschaft durch den Vertrag von Amsterdam	19
II.	Besonderheiten in Bezug auf das Vereinigte Königreich	20
B.	Bestandsaufnahme	21
I.	Internationales Privatrecht	22
1.	Rechtsakte mit Ausübung des Opt-in durch das Vereinigte Königreich	22
2.	Rechtsakte ohne Ausübung des Opt-in durch das Vereinigte Königreich	22
II.	Internationales Zivilverfahrensrecht	23
1.	Rechtsakte mit Ausübung des Opt-in durch das Vereinigte Königreich	23
2.	Rechtsakte ohne Ausübung des Opt-in durch das Vereinigte Königreich	25
C.	Zusammenfassung	25
§ 4	Das Schicksal des EU-Rechts im Vereinigten Königreich nach dem Wirksamwerden des Brexits	27
A.	Verordnungen und Richtlinien	28
I.	Richtlinien	28
1.	Umsetzung einer Richtlinie durch Parlamentsgesetz	28
2.	Umsetzung einer Richtlinie durch Rechtsverordnung (Statutory Instrument)	29

II. Verordnungen	31
III. Konsequenzen für die Geltung des EU-Sekundärrechts nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union	34
1. Wegfall des EU-Sekundärrechts mit dem Wirksamwerden des Brexits	34
2. Erlass eines Great Repeal Bill	35
a) Erforderlichkeit eines Rechtsaktes für die Zeit nach dem Wirksamwerden des Brexits	35
b) Ankündigung des Erlasses eines Great Repeal Bill durch die britische Regierung	35
c) Position der britischen Literatur	36
d) Herausforderungen durch den Erlass eines Great Repeal Bill ..	37
e) Hindernisse beim Erlass eines Great Repeal Bill	38
B. Staatsverträge	39
I. Von der Europäischen Union abgeschlossene Staatsverträge	39
II. Von dem Vereinigten Königreich abgeschlossene Staatsverträge	39
III. Von der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich abgeschlossene Staatsverträge	40
C. Zusammenfassung und Ergebnis	40

Zweiter Teil:

Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht

§ 5 Internationales Privatrecht	43
A. Internationales Schuldvertragsrecht	43
I. Anwendbares Recht in der Europäischen Union	44
1. Geltung der Rom I-Verordnung als loi uniforme	44
2. Besonderheiten im Hinblick auf die Rom I-Verordnung ..	44
a) Meinungsstand	44
aa) Geltung des Römischen Schuldvertragsübereinkommens im Verhältnis der übrigen Mitgliedstaaten zum Vereinigten Königreich anstelle der Rom I-Verordnung nach dem Wirksamwerden des Brexits	45
bb) Geltung der Rom I-Verordnung auch im Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Wirksamwerden des Brexits	46

b) Kein Wiederaufleben des Römischen Schuldvertrags- übereinkommens aus dem Jahre 1980 im Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Wirksamwerden des Brexits	46
II. Anwendbares Recht im Vereinigten Königreich	49
1. Außerkrafttreten der Rom I-Verordnung als EU-Recht mit dem Wirksamwerden des Brexits	49
2. Wiederaufleben des Römischen Schuldvertrags- übereinkommens von 1980?	50
3. Anwendbares Recht	53
a) Erlass des Great Repeal Bill	53
aa) Umwandlung der Rom I-Verordnung in nationales britisches Recht	53
bb) Schwierigkeiten bei der Umwandlung der Rom I- Verordnung in nationales britisches Recht	54
b) Nichterlass des Great Repeal Bill	55
B. Internationales außervertragliches Schuldrecht	56
I. Anwendbares Recht in der Europäischen Union	56
II. Anwendbares Recht im Vereinigten Königreich	57
1. Erlass des Great Repeal Bill	58
a) Umwandlung der Rom II-Verordnung in nationales britisches Recht	58
b) Schwierigkeiten bei der Umwandlung der Rom II- Verordnung in nationales britisches Recht	59
2. Nichterlass des Great Repeal Bill	59
C. Internationales Gesellschaftsrecht	61
I. Rechtslage im Verhältnis zum Vereinigten Königreich bis zum Austritt aus der Europäischen Union	61
II. Rechtslage im Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Austritt aus der Europäischen Union	62
1. Keine Geltung der Niederlassungsfreiheit nach dem Brexit	62
2. Geltung der Sitztheorie im Verhältnis zu Drittstaaten	63
3. Konsequenzen für britische Gesellschaften mit effektivem Verwaltungssitz in Deutschland	64
a) Anwendbares Normenregime	64
b) Persönliche Haftung der Gesellschafter	65
aa) Haftung für Neuschulden	65
bb) Haftung für Altschulden	65
(1) Nichtfortführung des Handelsgeschäfts oder der Firma	65
(2) Fortführung des Handelsgeschäfts und der Firma	66

cc) Dringender Handlungsbedarf für britische Gesellschaften mit effektivem Verwaltungssitz in Deutschland	66
c) Bestandsschutz für bereits vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gegründete Gesellschaften?	67
aa) Meinungsstand	67
bb) Stellungnahme	68
4. Abschluss eines Staatsvertrages mit dem Vereinigten Königreich über die Geltung der Gründungstheorie?	68
III. Konsequenzen für die Societas Europaea (SE) mit Sitz im Vereinigten Königreich	69
IV. Konsequenzen für EWIV-Mitglieder aus dem Vereinigten Königreich	70
D. Internationales Familienrecht	70
I. Internationales Eherecht	70
1. Internationales Ehescheidungsrecht	70
2. Internationales Ehegüterrecht	71
II. Internationales Kindschaftsrecht	71
III. Internationales Unterhaltsrecht	72
E. Internationales Erbrecht	73
I. Erbstatut	73
II. Formwirksamkeit von Testamenten	74
F. Zusammenfassung und Ergebnis	75
I. Internationales Schuldvertragsrecht	75
II. Internationales außervertragliches Schuldrecht	75
III. Internationales Gesellschaftsrecht	76
IV. Internationales Familien- und Erbrecht	77
§ 6 Internationales Zivilverfahrensrecht	78
A. Erfordernis der Gegenseitigkeit	78
B. Zivil- und Handelssachen	80
I. Rechtsquellen	80
1. Keine Fortgeltung der Brüssel Ia-Verordnung im Vereinigten Königreich als EU-Recht	80
2. Kein Wiederaufleben des Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens (EuGVÜ)	80
3. Keine Geltung des Luganer Übereinkommens von 2007 im Vereinigten Königreich	84
a) Außerkrafttreten des Luganer Übereinkommens von 2007 im Vereinigten Königreich	84

b) Erneuter Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Luganer Übereinkommen von 2007	85
aa) Möglichkeit des Beitritts des Vereinigten Königreichs als EFTA-Staat	85
bb) Beitrittsmöglichkeit nach einer Einladung durch die Schweiz mit Zustimmung sämtlicher Vertragsparteien ..	86
4. Kein Wiederaufleben des Luganer Übereinkommens von 1988	87
5. Haager Gerichtsstandsübereinkommen von 2005	89
a) Außerkrafttreten des Haager Gerichtsstandsüberein- kommens von 2005	89
b) Erneuter Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Haager Gerichtsstandsübereinkommen von 2005	89
6. Bilaterale Übereinkommen	91
7. Schaffung eines Staatsvertrages zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in Anlehnung an die Rechtslage zwischen der Europäischen Union und Dänemark	94
a) Hintergrund für die Schaffung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Dänemark	95
b) Interessenlage hinsichtlich der Schaffung eines Staatsvertrages zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich	96
aa) Interessenlage im Vereinigten Königreich	96
bb) Interessenlage in der Europäischen Union	96
8. Keine Geltung des Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982	98
9. Anwendung des Common Law	99
II. Auswirkungen des Brexits auf die einzelnen Regelungsgegenstände des Internationalen Zivilverfahrensrechts	100
1. Internationale Zuständigkeit	100
a) Exorbitante Gerichtsstände	100
aa) Exorbitante Gerichtsstände im Verhältnis der EU-Mitgliedstaaten untereinander	101
bb) Exorbitante Gerichtsstände im Verhältnis zu Drittstaaten	101
b) Gerichtsstandsvereinbarungen zugunsten von Gerichten in Drittstaaten	102
aa) Anwendung der autonomen Rechte der Mitgliedstaaten für die Wahl der Gerichte von Drittstaaten	102
bb) Angebot zur Wahl der Gerichte eines EU-Mitgliedstaates im Europäischen Finanzmarktrecht	103

2. Rechtshängigkeit	104
a) Anwendbare Regeln nach dem Wirksamwerden des Brexits ..	104
b) Besonderheiten bereits seit der Stellung des Austrittsantrages gemäß Art. 50 Abs. 2 EUV	105
c) Torpedo-Klagen	106
d) Erlass von Prozessführungsverboten („Anti-suit injunctions“)	106
3. Anerkennung und Vollstreckung	107
a) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Anwendbarkeit der Brüssel Ia-Verordnung	107
b) Erforderlichkeit des Exequaturs	107
c) Anwendbarkeit der Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse des § 328 ZPO	108
aa) Spiegelbildliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte ..	108
(1) Geltung des Spiegelbildprinzips	108
(2) Prüfungsmaßstab	109
bb) Verbürgung der Gegenseitigkeit	111
cc) Weitere Anerkennungshindernisse	112
C. Internationale familienrechtliche Verfahren	112
1. Internationale Ehesachen	112
1. Internationale Ehescheidungssachen	112
a) Internationale Zuständigkeit	113
aa) Außerkrafttreten der Brüssel IIa-Verordnung im Vereinigten Königreich	113
bb) Mögliche Weitergeltung der Zuständigkeitsregeln der Brüssel IIa-Verordnung aufgrund des Great Repeal Bill ..	113
cc) Keine Regelung der Internationalen Zuständigkeit durch den Domicile and Matrimonial Proceedings Act 1973 für die Zeit nach dem Brexit	113
dd) Anwendbarkeit des Common Law	115
b) Rechtshängigkeit	116
c) Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen	116
aa) Wegfall der Brüssel IIa-Verordnung mit dem Wirksamwerden des Brexits	116
bb) Keine Anwendbarkeit multi- oder bilateraler Übereinkommen	117
(1) Keine Anwendbarkeit des Haager Übereinkommens über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970 ..	118
(2) Keine Anwendbarkeit des deutsch-britischen Abkommens vom 14. Juli 1960 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	118
cc) Anwendung des autonomen Anerkennungs- und Vollstreckungsrechts	119

2. Internationales Ehegüterrecht	120
II. Internationale Kindschaftssachen	120
III. Internationale Unterhaltssachen	121
1. Internationale Zuständigkeit	121
a) Außerkrafttreten der Europäischen Unterhaltsverordnung mit dem Wirksamwerden des Brexits	121
b) Erlass eines Great Repeal Bill	122
c) Staatsverträge	122
aa) Keine Anwendbarkeit des Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens (EuGVÜ) von 1968	122
bb) Keine Anwendbarkeit des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973 auf die Internationale Zuständigkeit	123
d) Anwendung autonomen britischen Rechts	123
aa) Nachehelicher Unterhalt	123
bb) Kindesunterhalt	124
2. Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen ..	124
a) Unterschiede im Verhältnis zum Vereinigten Königreich bereits vor dessen Austritt aus der Europäischen Union	125
b) Geltung des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973	125
3. Effektive Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen	126
a) Wegfall der Vorschriften über die Zusammenarbeit der Zentralen Behörden	126
b) Beitritt des Vereinigten Königreichs zu dem Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen vom 23. November 2007	128
D. Internationale Erbsachen	128
E. Besondere europäische Verfahrensarten	128
I. Europäisches Mahnverfahren	129
II. Vereinfachte Erkenntnisverfahren ohne Exequatur- erfordernis	129
III. Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen sowie von Schutzmaßnahmen	130
F. Zustellung und Beweisaufnahme	130
I. Zustellung	130
1. Wegfall der Europäischen Zustellungsverordnung	131
2. Geltung des Haager Zustellungsübereinkommens von 1965	131

II. Beweisaufnahme	132
1. Wegfall der Europäischen Beweisaufnahmeverordnung .	132
2. Geltung des Haager Beweisaufnahmeübereinkommens von 1970	133
G. Internationale Insolvenzverfahren	134
I. Geltende Rechtslage	134
1. Automatische Anerkennung eines Insolvenzverfahrens in den übrigen EU-Mitgliedstaaten	134
2. Internationale Zuständigkeit	134
II. Rechtslage nach dem Wirksamwerden des Brexits	136
1. Internationale Zuständigkeit	136
2. Anerkennung eines ausländischen Insolvenzverfahrens .	136
a) Anerkennung im Vereinigten Königreich	136
b) Anerkennung in Deutschland	137
aa) Klassische Insolvenzverfahren	137
bb) Scheme of Arrangement	138
H. Zusammenfassung und Ergebnis	138
I. Zivil- und Handelssachen	138
1. Anwendbares Normenregime	138
2. Auswirkungen des Brexits auf die einzelnen Regelungsgegenstände des Internationalen Zivilverfahrensrechts	140
II. Internationale familien- und erbrechtliche Verfahren	141
1. Internationale Ehesachen	141
2. Internationale Kindschaftssachen	143
3. Internationale Unterhaltssachen	143
4. Internationale Erbsachen	144
III. Besondere europäische Verfahrensarten	145
IV. Zustellung und Beweisaufnahme	145
V. Internationale Insolvenzverfahren	145

Dritter Teil:

Schluss

§ 7 Bewertung und Ausblick	147
§ 8 Zusammenfassung der Ergebnisse	150
A. Die mögliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit	150

B. Der derzeitige Status des Vereinigten Königreichs innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf das Internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht	151
C. Das Schicksal des EU-Rechts im Vereinigten Königreich nach dem Wirksamwerden des Brexits	151
D. Internationales Privatrecht	153
I. Internationales Schuldvertragsrecht	153
II. Internationales außervertragliches Schuldrecht	154
III. Internationales Gesellschaftsrecht	154
IV. Internationales Familien- und Erbrecht	155
E. Internationales Zivilverfahrensrecht	155
I. Zivil- und Handelssachen	155
1. Anwendbares Normenregime	155
2. Auswirkungen des Brexits auf die einzelnen Regelungsgegenstände des Internationalen Zivilverfahrensrechts	156
II. Internationale familien- und erbrechtliche Verfahren	158
1. Internationale Ehesachen	158
2. Internationale Kindschaftssachen	159
3. Internationale Unterhaltssachen	160
4. Internationale Erbsachen	161
III. Besondere europäische Verfahrensarten	161
IV. Zustellung und Beweisaufnahme	162
V. Internationale Insolvenzverfahren	162
F. Bewertung	162
Literaturverzeichnis	165
Register	177